

11.13

**Bundesrat Arnd Meißl** (FPÖ, Steiermark): Frau Präsident! Sehr geehrter Herr Bundesminister! Hohes Haus! Herr Kollege Todt, du hast vorhin gesagt, ihr möchtet die volle Handlungsfähigkeit wieder herstellen – vielleicht ist die Bundesregierung aber jetzt handlungsfähiger denn je, vielleicht gehen ihr die Sachen jetzt leichter von der Hand, wenn man nicht so viel untereinander abstimmen muss.

Wir haben in den letzten Monaten viele Regierungsumbildungen erlebt, die, mit Ausnahme des Kollegen Doskozil, nur eines hinterlassen haben, nämlich die Bemerkung, dass es ab sofort einen neuen Stil in der Regierung gibt und dass ab sofort für die Menschen gearbeitet werde. Geändert hat sich danach de facto nie etwas. So wurden die Probleme, die diese völkerwanderungsähnliche Zuwanderungswelle in puncto Kriminalität, Rekordarbeitslosigkeit und Ausnützung unseres Sozialsystems mit sich gebracht hat, immer wieder vor sich hergeschoben, ohne wirklich darauf zu reagieren. Die Wut der eigenen Bevölkerung auf dieses Nichtreagieren hat sich bis zur Ohnmacht gesteigert, und der Vertrauensverlust in die Arbeit der Regierung hat sich im Ergebnis der Präsidentenwahl auch eindeutig widergespiegelt.

Tatsache ist, dass die Regierungsumbildungen nichts gebracht haben – auch Kollege Doskozil muss sich ja erst beweisen – und der Stillstand das eigentliche Regierungsprogramm ist. Wenn Sie wirklich aufrichtig etwas ändern wollen, um diesen politischen Stillstand endlich zu beenden, dann sollten Sie eine Regierungsumbildung in der Form vollziehen, dass Sie Neuwahlen ausrufen und damit zu einer echten Regierungsumbildung kommen.

Nichtsdestotrotz wünsche ich Ihnen, Herr Minister Sobotka, alles Gute für Ihre Arbeit, die angesichts der Probleme Grenzsicherung, Ausländerkriminalität, Asylmissbrauch und so weiter keine leichte wird. Ihre Vorgängerin hat – sagen wir es einmal so – sehr glücklos agiert. Einerseits hat sie sich als Ankündigungsweltmeisterin hervorgetan, und andererseits hat sie falsche Versprechen abgegeben und die Bevölkerung dadurch massiv verärgert; ich werde später noch darauf zu sprechen kommen. Manchmal ist sie wohl auch an der eigenen Partei gescheitert, die ihr in ihren Abstimmungen auf allen politischen Ebenen oft nicht den Rücken gestärkt hat, sondern des Öfteren in denselben gefallen ist.

Sehr geehrter Herr Minister Sobotka, Tatsache ist jedenfalls, dass die Sorge in der Bevölkerung um die Sicherheit im Land rasant wächst. Das ist allerdings nichts Neues, sondern das geschieht seit Längerem. Während man in den letzten Jahren versucht

hat, die Bevölkerung durch geschönte Statistiken in falscher Sicherheit zu wiegen, und immer wieder getrommelt hat, dass die Kriminalität ohnehin zurückginge, so lässt sich auf diese Art heute kein Mensch mehr an der Nase herumführen. Das Gefühl, das die Bevölkerung schon lange hat, täuscht nämlich nicht. Und jetzt zeigt sich – da schau her! –, es gibt immer mehr Einbrüche, es gibt immer mehr Sexattacken, und es gibt regelrechte Bandenkriege. Zu lange hat man die Sorgen der Menschen nicht ernst genommen und mit geschönten Anzeigenstatistiken hantiert.

Der Ruf der Bevölkerung, endlich geeignete Maßnahmen zu setzen, wird jedenfalls immer lauter, was auch auf die Häufung der von Asylwerbern – oder sagen wir in diesem Fall besser Asylbetrüger – begangenen Sexualdelikte zurückzuführen ist. Ich möchte übrigens darauf hinweisen, dass die Kriminalstatistik für 2014 zeigt, dass 40,8 Prozent der Vergewaltigungen durch ausländische Täter begangen wurden. Das wird wahrscheinlich auch 2015 nicht anders gewesen sein. Da ist es verständlich, dass gerade Frauen überdurchschnittlich um ihre und die Sicherheit ihrer Kinder besorgt sind. Frauen und Kinder werden in öffentlichen Bereichen, wie zum Beispiel in Bädern, Opfer von sexueller Gewalt; und niemand hat das geringste Verständnis dafür, wie mit Tätern und Opfern in Österreich umgegangen wird.

Beispielhaft ist der Fall der Vergewaltigung eines Zehnjährigen im Wiener Theresienbad. Wenn man sich einen Artikel der „Kleinen Zeitung“ zu Gemüte führt – die „Kleine Zeitung“ ist jetzt nicht unbedingt das, was Sie immer in der „Kronen Zeitung“ sehen, eine rechtspopulistische Zeitung –, muss man lesen, der Angeklagte „(...) ist zu sämtlichen Anklagepunkten geständig“, sagte Verteidiger Roland Kier. Und verlangte eine Verhandlung hinter verschlossenen Türen, „im Interesse des Angeklagten“. Seine „sexuelle Orientierung“ dürfte „nicht medial breit getreten werden“. – Jetzt weiß ich nicht, ob Vergewaltigung eine sexuelle Orientierung ist; das ist ja pervers.

„Der Prozess wurde rasch vertagt. Da der Bub eine posttraumatische Belastungsstörung erlitten haben soll, wird eine Kinderpsychiaterin ihn im Auftrag des Gerichts untersuchen. Sollte sie diese bestätigen, drohen dem Iraker bis zu zehn Jahre Haft.“ – Jetzt kommt es: „Dieser wartet auf die Bearbeitung seines Asylantrags: ‚Ich will Frau und Tochter nachkommen lassen.‘“

Genau für diese Dinge fehlt der Bevölkerung jedes Verständnis, das ist nämlich unfassbar. Der Bub, das muss man auch ganz offen sagen, ist im AKH behandelt worden, und dieser Eingriff war offensichtlich nicht so einfach. Warum man jetzt noch Untersuchungen darüber braucht, wie schwer traumatisiert er ist, das ist mir sowieso

ein Rätsel. Ein zehnjähriger Bub, der auf brutalste Art und Weise vergewaltigt worden ist – no na ist der für sein Leben gezeichnet! Und das will die Bevölkerung ganz einfach nicht mehr hinnehmen.

Es muss auch etwas geschehen, damit die Kriminalitätshotspots – sie sind schon angesprochen worden –, die ohnehin bekannt sind, endlich einmal bereinigt werden. So wird im gesamten Bereich der U6 ungeniert und unter den Augen der Polizei gedealt, was das Zeug hält, und auch am Praterstern fühlt sich niemand mehr sicher. Für Wien ist das sicher nur ein Ausschnitt aus einer langen Liste, aber auch in den Landeshauptstädten wie Graz oder Salzburg gibt es Parks und Plätze, wo sich nach Sonnenuntergang kein normaler Mensch mehr hintraut. Da übernehmen dann Drogenbanden das Kommando, die sich zu einem großen Teil aus Personen rekrutieren, die unter dem Deckmantel des Asyls zu uns gekommen sind und dieses ganz eindeutig missbrauchen und eigentlich sofort abgeschoben gehören.

Dieselben Probleme zeigen sich aber auch auf dem Land. Beispielhaft für viele kleinere Städte stehen Knittelfeld, Kapfenberg und Mürzzuschlag, wie auch folgendes Beispiel zeigt; dabei geht es um Drogendealer, vorbestrafte Afghanen belästigten in Knittelfeld vier Jugendliche:

„Elf Dealer wurden vergangenes Jahr von der Polizei aufgegriffen, einige davon sind bereits wieder auf freiem Fuß.“ – Das ist offenbar die übliche Vorgangsweise. – „Darunter auch jener 21-jährige Afghane, der am Samstag mit zwei Landsmännern (...) zwei Buben und zwei Mädchen im Alter von 13 bis 16 Jahren im Park belästigte. Seit dem Jahr 2013 konnte ihm die Polizei immer wieder das Dealen mit Marihuana nachweisen, nach dem Erhalt eines negativen Asylbescheids war er aber untergetaucht – um (...) an besagtem Tag wieder in Erscheinung zu treten. Auch sein 26-jähriger Komplize ist vorbestraft.“

Diese Dinge ziehen sich also durch ganz Österreich, und deswegen ist die Bevölkerung verärgert und erkennt auch den Stillstand. Die Versprechungen helfen nichts mehr, es muss endlich gehandelt werden.

Ganz kurz möchte ich noch zwei Dinge aus meiner direkten Umgebung ansprechen. Heute ist schon wieder das Versprechen gekommen: Es gibt zusätzliche Polizisten. – Dieses Versprechen hören wir seit Jahren, nur ist das de facto eine Lüge – und zu diesem Wort stehe ich jetzt hier –, denn es sind keine zusätzlichen Polizisten, sondern es werden einfach Abgänge nachbesetzt, und diese nicht einmal zur Gänze.

Die Wirklichkeit am Beispiel eines Polizeipostens sieht so aus – und es geht dabei um meinen Heimatort Mürzzuschlag –: Von 43 Planstellen waren im Februar nicht einmal

30 besetzt. Von den 30 Beamten wurden wiederum einige regelmäßig an die Grenze nach Spielfeld oder in das Schubhaftzentrum nach Vordernberg dienstzugeteilt, um die vier bis fünf dort aufhältigen Schubhäftlinge zu bewachen. Der dienstbare Stand an besagtem Polizeiposten lag daher bei rund 20 Beamten. Ich nehme nicht an, dass diese Situation nur auf Mürzzuschlag beschränkt ist. Bitte sorgen Sie dafür, dass wenigstens der Normalstand an Polizisten wieder erreicht wird! Von zusätzlichen Polizisten wage ich ohnehin schon nicht mehr zu träumen.

Ich habe zu Beginn, lieber Edgar, von gebrochenen Versprechen der Vorgängerin des neuen Ministers gesprochen. Das Innenministerium hat vor eineinhalb Jahren in Spital am Semmering ohne vorherige Kontaktaufnahme mit dem Bürgermeister eine Sonderbetreuungsstelle für bis zu 300 Asylwerber eingerichtet – das in einem Ortsteil, der gerade einmal 280 Einwohner hat, und in einer Gemeinde, die zu diesem Zeitpunkt bereits 70 Asylwerber in Landesbetreuung problemlos beherbergte und die Quote locker erfüllt hat.

Nach heftigen Protesten ... (*Bundesrat Mayer: Es geht um Landes- und Bezirks...!*) – Jetzt lass mich ausreden! Einfach zurücklehnen und zuhören, lieber Edgar! Nach heftigen Protesten hat die damalige Ministerin Mikl-Leitner, also Ihre Vorgängerin, Herr Minister, öffentlich versprochen, die Anzahl der Asylwerber in dieser Unterkunft mit 50 zu beschränken. Kaum waren dann die Gemeinderatswahlen und die Landtagswahlen in der Steiermark vorbei – es ist nämlich ein Bundesquartier, von dem wir da sprechen –, schnellte die Zahl wieder auf 200 hinauf.

In den Nachbargemeinden, zum Beispiel in Neuberg an der Mürz im Ortsteil Mürzsteg, um den es jetzt auch geht, sind bereits 200 untergebracht, ebenfalls bei 350 Einwohnern. Die Nachbarstadt Mürzzuschlag beherbergt auch 150 Asylwerber. Mittlerweile hat es in der Unterkunft in Steinhaus bereits mehrere Großeinsätze der Polizei gegeben. Dass die Bevölkerung ob des gebrochenen Versprechens Ihrer Vorgängerin wütend ist, ist logisch, und das hat auch der Bürgermeister – es ist ein SPÖ-Bürgermeister – schon mehrmals kundgetan. Ich hege aber die Hoffnung, dass Sie die Versprechen Ihrer Vorgängerin doch noch halten und umsetzen.

Wenn Ihnen, Herr Minister Sobotka, die Sicherheit der Menschen ein ehrliches Anliegen ist – und davon gehe ich aus –, dann finden Sie in uns einen verlässlichen Partner. Lassen Sie es nicht zu, dass sich die Bevölkerung nicht mehr auf die Straße traut, weil sie um ihr Leben fürchtet, und so ihrer Freiheit beraubt wird!

Ich wünsche Ihnen alles Gute und viel Erfolg für Ihre Arbeit und freue mich schon sehr auf ein baldiges Wiedersehen bei der Eröffnung des neuen Polizeipostens in meiner Heimatstadt Mürzzuschlag. – Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

11.23

**Vizepräsidentin Ingrid Winkler:** Bevor ich den zu Wort gemeldeten Bundesminister um seine Ausführungen bitte, darf ich Herrn Staatssekretär Dr. Mahrer recht herzlich in unserer Mitte begrüßen. (*Allgemeiner Beifall.*)

Herr Bundesminister Sobotka. – Bitte.